

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Dr. Heiko Heßenkemper, Norbert Kleinwächter, Marc Bernhard, Matthias Büttner, Siegbert Droese, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Auf den Lehrer kommt es an – Nachhaltige Aufwertung des Schulwesens statt Ökonomisierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Einer der am schwersten von der pandemiebedingten Shutdown-Krise betroffenen Bereiche war das Bildungswesen. Insbesondere für Grundschüler bedeutete dies einen Rückstand, der bei dem Erwerb der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen kaum noch aufzuholen ist.

Daran konnte auch der zwischen Bund und Ländern geschlossene „Digitalpakt“ nichts ändern. Bereits zu Beginn der Krise zeigte sich, dass der internetbasierte Unterricht nicht funktionierte; Schulen, Lehrer und Eltern stießen innerhalb kürzester Zeit an ihre Grenzen.

Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass bei einer weiter fortgeschrittenen Umsetzung des Digitalpakts die Situation eine wesentlich bessere gewesen wäre. Vor allem für jüngere Schüler und Schüler aus bildungsfernen Haushalten ist die persönliche Zuwendung und Nähe des Lehrers offenbar nicht durch computergestützte Medien ersetzbar, wie die ersten wissenschaftlichen Untersuchungen der Auswirkungen flächendeckender Schulschließungen zeigen. Es muss uns erschrecken, dass ein großer Teil der Schüler nach eigenen Angaben während des Shutdowns vier Mal so viel Zeit mit „Zocken“ und Video-Spielen verbracht hat als sonst (<http://www.bildungsmanagement.net/Schulbarometer/HuberEtAl-2020-Schul-Barometer-EinigeBefunde-PPT-20-04-20-sgh.pdf>). Der Erziehungswissenschaftler Heinz-Elmar Tenorth warnt angesichts der während der Pandemie geschlossenen Schulen vor der Illusion, „dass ein solches Desaster technologisch kompensierbar sei“ (<https://deutsches-schulportal.de/stimmen/voll-digital-in-die-paedagogische-regression/>).

Der Eindruck verstärkt sich, dass der Digitalpakt von Anfang an an den tatsächlichen Bedürfnissen der Adressaten vorbei geplant wurde. Dem Bund fehlt es in Bildungsfragen gleich doppelt an Kompetenz: Zum einen ist er gar nicht zuständig, da die Organisation des Schulwesens verfassungsgemäß Sache der Länder ist, zum anderen verfügt der Bund deshalb auch nicht über die fachliche Kompetenz und notwendige praktische Erfahrung in Bildungsfragen.

Die wesentlichen Probleme unserer Schulen liegen in anderen Bereichen: Lehrermangel, Unterrichtsausfall, überfüllte Klassen, marode Gebäude und sanitäre Anlagen, Leistungsabfall, zunehmende Gewalt und große Probleme bei der Integration von immer mehr Schülern mit Migrationshintergrund, um nur einige der elementarsten Herausforderungen zu nennen. Fehlende Laptops oder ein schlechtes Internet gehören dabei nicht zu den Gründen, die bisher zu Demonstrationen von Eltern und Schülern oder Brandbriefen von Lehrern geführt hätten.

Die möglichst allumfassende Digitalisierung des Bildungswesens dient weniger pädagogischen als wirtschaftlichen Interessen. Pädagogen warnen seit Jahren vor einer weltweit zunehmenden Ökonomisierung des Bildungswesens (vgl. Jochen Krautz, *Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie*, München 2011 und Hans Peter Klein, *Vom Streifenhörnchen zum Nadelstreifen: Das deutsche Bildungswesen im Kompetenztaumel*, 2016) und deren negativen Auswirkungen auf die Bildung.

Obwohl zahlreiche Studien zeigen, dass der verstärkte Einsatz von IT-Lösungen an allgemeinbildenden Schulen zu keinen messbaren Verbesserungen führt (vgl. <https://futur-iii.de/2019/01/16/digitalisierung-als-de-humanisierung-von-schulen/>, Stand 20.06.2020), sondern sogar schlechtere Lernergebnisse mit sich bringt (vgl. www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/245294/meinung-der-beste-start-ins-digitale-zeitalter-findet-ohne-computer-statt, Stand: 19.06.2020), wird dennoch an Konzepten festgehalten, die bereits zu Anfang dieses Jahrhunderts in den USA gescheitert sind.

Aktuelle Forschungsergebnisse aus Amerika bestätigen, dass das persönliche Band zwischen Schüler und Lehrer für jeden Lernerfolg von zentraler Bedeutung bleibt. Ebenso wie in Deutschland wurden in den USA im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie Schulen und Kindergärten vollumfänglich geschlossen. Drei in diesem Zusammenhang großangelegte Forschungsarbeiten kommen dabei zu dem Ergebnis, dass der Fernunterricht, sofern er überhaupt durchgeführt wurde, dem schulischen Fortkommen keineswegs dienlich ist. Insbesondere für das Fach Mathematik erzeugt ein langer Unterrichtsausfall nicht nur eine Stagnation der Fähigkeiten, sondern führt sogar zu einem Rückschritt (vgl. www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/plus209948369/Zu-wenig-Unterricht-So-schlimm-ist-die-Lockdown-fuer-unser-Kinder.html, Stand: 20.06.2020).

Dass der Erfolg des deutschen Bildungssystems gerade nicht auf den von der Digitalisierungslobby propagierten Faktoren beruht, belegen unter anderem die Forschungsergebnisse des neuseeländischen Bildungsforschers John Hattie. Dieser konnte zeigen, dass die für den Lernerfolg alles entscheidende Größe offenbar die Person ist, die das Wissen vermittelt – also der Lehrer (vgl. John Hattie, *Visible Learning: A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement*, London 2009; S.239).

Für einen gelingenden Bildungsprozess ist die persönliche Interaktion zwischen Lehrer und Schüler von elementarer Bedeutung. Digitale Endgeräte und die dazugehörige Software sind Hilfsmittel wie andere Lehr- und Lernmittel auch, deren Einsatz von den pädagogischen und didaktischen Zielen abhängig gemacht werden muss. Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Weder Computer noch „selbstorganisiertes“ Lernen können den Wert eines von zwischenmenschlicher Interaktion getragenen Präsenzzunterrichts ersetzen, wie die durch die Shutdown-Krise bedingten Schulschließungen eindrücklich gezeigt haben.

Welche Anforderungen die Zukunft an das Schulwesen stellt, kann heute niemand wissen. Die wichtigste Voraussetzung aber, dass kommende Generationen optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden, ist eine breite und solide Allgemeinbildung.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,
1. gemeinsam mit den Kultusministern darauf hinzuwirken, dass eine konstante Ausbildung und Einstellung einer ausreichenden Zahl von Lehrern Reserven schafft, die eine Verkleinerung der Klassen ermöglichen und die zukünftige, demografisch oder krisenhaft bedingte Engpässe vermeiden helfen;
 2. gemeinsam mit den Kultusministern einen dauerhaften Finanzierungsplan zu erarbeiten, um
 - a. die Qualität der Schulgebäude, der sanitären Anlagen sowie der Schwimm- und Turnhallen in den Ländern kontinuierlich zu gewährleisten,
 - b. mehr und neue Räume und Gebäude zu schaffen, die möglichst zeitnah eine Verkleinerung der Klassen ermöglichen, so dass auch im Falle anhaltender oder wiederkehrender Eindämmungsmaßnahmen ein normaler Regelunterricht für alle Schüler durchgeführt werden kann;
 3. die Länder dabei zu unterstützen, zukünftige, flächendeckende Schulschließungen mit allen erdenklichen Maßnahmen zu verhindern. Dazu gehören auch geeignete Forschungsprogramme, die die bisherigen Erfahrungen auswerten, um daraus präventive Handlungsempfehlungen für die Zukunft abzuleiten;
 4. die Länder bei der Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrages unter Wahrung des Föderalismusprinzips zu unterstützen indem der Bund
 - a. auf die inhaltliche Auswahl der Förderprojekte verzichtet,
 - b. die Länder im Bedarfsfall stärker an den Steuereinnahmen beteiligt und ihnen so die Möglichkeit verschafft, selbst über die konkrete Verwendung der Mittel zu verfügen;
 5. eine weitere Ökonomisierung des Bildungswesens zu verhindern und der Einflussnahme von Lobbyverbänden und Stiftungen auf unser Bildungssystem entgegenzutreten.

Berlin, den 11. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

